

TOP: 9**Beschlussvorlage**
Öffentlich :JaAmt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :BauamtDatum
12.06.2017

Drucksache-Nr.:01-37-2017

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	20.06.2017					
Stadtverordnetenversammlung	29.06.2017					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Abwägung zum vorzeitigen Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg"

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 zum vorzeitigen Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" vorgebracht wurden, gemäß der Anlage.

Die Auswertungstabelle der Beteiligung ist in der Anlage beigelegt.
Es lagen keine neuen Abwägungsgründe vor.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Am 08.12.2016 wurde der B-Plan Nr. 60 in der Fassung vom 03. November 2016 als Satzung beschlossen.

Da die 13. Änderung des FNP formal keine Vereinbarkeit der Planung mit der Raumordnung erzielen konnte, wurde mit Beschluss vom 06.04.2017 der Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" als vorzeitiger Bebauungsplan festgesetzt. Nach Abschluss der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 24.04.2017 bis 24.05.2017 sind die Eingaben abzuwägen und zu billigen.

Es lagen keine Abwägungsrelevanten Stellungnahmen vor.

gez. Susanne Tamms
Bau- und Ordnungsamtsleiterin

.....

.....

Stadt Kremen

Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg"

AUSWERTUNG

der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
vom 24. April 2017 bis einschließlich 24. Mai 2017

und

der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
vom 28. April 2017 mit Frist bis zum 29. Mai 2017

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde in der Zeit vom 24. April 2017 bis einschließlich 24. Mai 2017 öffentlich ausgelegt. Es ist während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahme mit Anregungen aus der Öffentlichkeit eingegangen.

Mit Schreiben vom 28. April 2017 sind drei Behörden an der Bauleitplanung beteiligt worden. Für Stellungnahmen ist eine Frist von einem Monat gesetzt worden. Von den Behörden haben drei eine Stellungnahme abgegeben.

Stn	Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Datum
101	Landkreis Oberhavel, FB rechtliche Bauaufsicht / Planung	18.05.2017
102	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	03.05.2017
201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	09.05.2017

Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
101	Landkreis/ Keine Be- denken	Belange des Landkreises Oberhavel werden von der Änderung des vorliegenden Bebauungsplanes in einen vorzeitigen Bebauungsplan und der damit verbundenen erneuten Auslegung nicht berührt. Die formellen und materiellen Regelungsinhalte sowie Erfordernisse, die aus weiteren Rechtsvorschriften entstehen, bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. Keine Abwägung erforderlich.
102	Regional- planung / Keine Be- denken	Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung: Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel. Sachlicher Teilplan "Windenergienutzung" (ReP-Wind) vom 5. März 2003 (ABl. S. 843); Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 16S9); 2. Entwurf des Regionalplans Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP-FW) vom 26. April 2017. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 60 "Ziegeleiweg" (Stand: November 2016) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar. Begründung: Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 3.4 ha großen Fläche im Süden der Stadt Kremmen als allgemeines Wohngebiet zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von ca. 50 Wohneinheiten als zwei Einzel- und Doppelhäuser bzw. dreigeschossige Gebäude in offener Bauweise geschaffen werden. Der Bebauungsplan war im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bereits Gegenstand regionalplanerischer Stellungnahme	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Planung mit der Regionalplanung vereinbar ist. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Keine Abwägung erforderlich.

		<p>(vgl. Schreiben vom 26.11.2015). Eine weitergehende Beteiligung vor dem Satzungsbeschluss fand nicht statt. Unabhängig davon wurde seinerzeit die Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt. Die Beurteilung hat weiterhin Bestand. Der Regionalplan trifft für den in Rede stehenden räumlichen und sachlichen Geltungsbereich keine Festlegungen.</p> <p>Redaktioneller Hinweis: Die Regionalversammlung hat am 26. April 2017 den 2. Entwurf des Regionalplanes "Freiraum und Windenergie" gebilligt. Die damit verbundenen inhaltlichen Änderungen betreffen jedoch nicht den vorliegenden Bebauungsplan.</p> <p>Hinweise: (...) Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsforgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</p>	
201	Landesplanung / Keine Gedanken	<p>Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung für die Planungsabsicht haben wir der Stadt Kremen in unserer Zielmitteilung vom 02.12.2015 (damals zum Bebauungsplan Nr. 40 „Ziegeleiweg“) mitgeteilt. Mit Schreiben vom 12.10.2016 nahmen wir zum Bebauungsplan-Entwurf vom 22.07.2016 Stellung. Da die Festsetzungen des Bebauungsplanes in seiner aktuellen Fassung unverändert sind, kann die Anpassung an die Ziele der Raumordnung weiterhin festgestellt werden.</p> <p>Hinweise: Der am 19.07.2016 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligte Entwurf zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) befindet sich zz. im Aufstellungsverfahren. Dieser Entwurf kommt bei der Beurteilung der Planungsabsicht jedoch noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche die Festlegungen des rechtswirksamen LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleiben. (...)</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Planung mit der Raumordnung vereinbar ist.</p> <p>Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>